

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 125 (1999)
Heft: 3

Vorwort: Heil dir Helvetia : Angst vor dem Volk
Autor: Gehrenberg, Johann Baptist / Widmer, Karin

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AUFGESCHNAPPT

...Gerade in grossen Unternehmen braucht man jemanden, der Entscheidungen legitimiert. Ein relativ grosser Teil der Beratungsaufträge wird nur aus psychologischen und strategischen Gründen erteilt. Im Grunde ist die Beauftragung von Unternehmensberatungen ein Zeichen von Schwäche.

Michael Ringier, Verleger, im «Persönlich»

...Ungeachtet des Mega-Trends müssen die neu entstandenen Finanzkonzerne ihre Überlegenheit – allen Vorschusslorbeeren zum Trotz – in den nächsten Jahren erst noch unter Beweis stellen.

Beat Brenner, Redaktor, in der «NZZ»

...Heute sind die Journalisten schneller im Werturteil. Sie lieben die Überspitzung und die Polarisierung, sie lieben den Kalauer und den Gag. Zurückhaltung wird von vielen verachtet; man sagt, das sei Prüderie.

Jürg Tobler, Publizist, im «Tages-Anzeiger»

...Die Schweiz, die Blocher und sein Anhang verteidigen, ist eine Karikatur. Man sollte ihn fragen: Identifiziert ihr euch wirklich mit diesem Eidgenossen-Wicht, den eure Partei als Symbol in ihren Anzeigen verwendet? Wisst ihr nicht, dass wir ganz anders sind, unterschiedlicher, phantasievoller, aufgeschlossener und moderner?

Bundespräsidentin Ruth Dreifuss im «Spiegel»

...Wir sollten uns noch bewusster werden, dass wir uns gegenseitig brauchen: Frauen und Männer, Junge und Ältere, Unternehmer und Angestellte, Gewerbetreibende und Mütter, so können wir Synergien erreichen und unsere Inhalte farbiger und die Auftritte kreativer gestalten.

Landammann Marianne Kleiner, Herisau

...Von Regierungsreformen wird man dann wieder sprechen, wenn das Spektakel (gemeint sind die Wahlen im kommenden Herbst; der «Aufschnapper») vorüber ist – folgenlos wie üblich.

Ulrich Pfister in den «Schweizer Monatsheften»

HEIL DIR HELVETIA



Was hierzulande als eine Selbstverständlichkeit gilt – das Sammeln von Unterschriften bei der stimmberechtigten Bevölkerung zugunsten einer politischen Idee –, wird anderswo als legitimes demokratisches Mittel in Frage gestellt.

So geschehen unlängst in Deutschland. Die Unterschriftenaktion der CDU im Zusammenhang mit der geplanten Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft durch die rot-grüne Bonner Regierung hat ganz zünftig politischen Staub aufgewirbelt. Die Aktion wurde von den Regierenden sofort als populistischer Schachzug abqualifiziert. Mit der Begründung, die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik kenne eben das Instrument einer Volksbefragung nicht. Das ist sicher richtig. Richtig ist aber auch, dass jedes demokratische System entwicklungsfähig ist, sich neuen Einsichten nicht verschliessen darf.

Gerade die politischen Parteien müssten bei der zunehmenden Entfremdung zwischen dem Volk und den in höheren Sphären agierenden politischen Akteuren Interesse daran haben, in konkreten Fragen die Meinung an der vielgerühmten Basis zu kennen. Und da eignet sich

zum Beispiel eine Unterschriftensammlung, um den Mandatsträgern in einer konkreten und politisch brisanten Frage den Weg zu weisen. Die Unterschriftenaktion, auch wenn sie verfassungsrechtlich nicht abgesichert ist, hat im nachhinein

Angst vor dem Volk

genau diesen Weg gewiesen und dazu geführt, dass die mit der Aktion zum Ausdruck gekommene Meinung in die Vorlage der Regierung einfließen soll.

Wir sind das Volk!», tönte es vor der deutschen Wiedervereinigung. Und in Bonn war man nicht wenig stolz darauf, dass im Osten dieser Ruf Wirkung zeigte. Jetzt, zehn Jahre später ist das Volk offenbar nicht mehr gefragt. Das ist schade, weil «Mehr Demokratie wagen», wie Willy Brandt 1969 verkündet hatte, nach wie vor eine sinnvolle staatspolitische Aufgabe wäre – gerade auch in Europa, das ja nur dann als staatliche Grösse insgesamt legitimiert wird, wenn diese Legitimation vom Volk (und nicht nur von einer Handvoll Politikerinnen und Politiker) ausgehen wird. Wer Angst vor dem Willen des Volkes hat, gleicht einem sinkenden Schiff.

Johann Baptist Gehrenberg

KARIN WIDMER